

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede 2011

Sehr geehrter Herr Gebhard

Sehr geehrte Damen und Herren

Haushaltsberatungen sind in jedem Jahr eine Herausforderung an die Verwaltung und die Politik.

Ich hatte den Eindruck, dass durch die Rahmenbedingungen die Haushaltsberatungen in diesem Jahr eine besondere Herausforderung darstellten .

Eingeleitet wurden die Haushaltsberatungen im September 2010 mit der Ankündigung des LWL Direktors, dass er ein Defizit von 320 Millionen € für den LWL erwarte.

Diese Ankündigung hat einige Aufmerksamkeit in den Medien erzeugt.

Im Gegensatz dazu hat die Ankündigung, dieses Defizit mit einem

- Sparpaket,
- der Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und
- durch eine Erhöhung der Umlage

zu begegnen, relativ wenig Aufmerksamkeit hervorgerufen.

Dies hat sich erheblich verändert, als die Verwaltungsvorlage 13/0343 mit den ca.270 Sparvorschlägen in die Öffentlichkeit gelangte.

Es ist die Aufgabe der Verwaltung, der Politik Einsparvorschläge zu unterbreiten. Der LWL hat allerdings zu einer Systematik gegriffen, die sehr gewöhnungsbedürftig war.

Die Aufteilung in A-B-C-Listen mit Argumenten unterlegt, die eine Einsparung als nicht zielführend bezeichnete, hat die Arbeit gerade nicht erleichtert.

Die Politik hatte erhebliche Probleme, den Betroffenen zu vermitteln, dass Politik die Entscheidung über den Haushalt trifft und nicht der LWL Direktor.

Dass sie, Herr Dr. Kirsch, bei einer Kundgebung im Landeshaus den Kindern und Eltern der Regenbogenschule erklärten, die Einsparung war eigentlich so nicht gewollt, hat schon überrascht.

Im Wissen um die Mittelfristplanung des LWL können wir sicher sein, dass wir weitere Anstrengungen unternehmen müssen, um die Finanzen des LWL in Ordnung zu halten. Dies wird nur gelingen, wenn Verwaltung und Politik zusammen nach Lösungen suchen und die dann auch gemeinsam vertreten.

Durch die Proteste, die uns in Form von Briefen, E-Mails und durch persönliche Ansprachen, erreichten, ist mir deutlich geworden, dass die Arbeit des LWL in den Mitgliedskörperschaften, den Medien und selbst von den betroffenen Institutionen ,oft nicht wahrgenommen wird.

Die Menschen nehmen die Hilfe war.

Sie sehen aber oft nicht, dass die Leistungen vom LWL finanziert werden.

Durch die Einsparvorschläge ist vielen Beteiligten klar geworden, dass es einen engen Zusammenhang zwischen finanziellen Möglichkeiten des LWL und der Erbringungen von Leistungen gibt .

Ich würde mir wünschen, dass alle erkennen, dass hinter vielen Leistungen der LWL steht.

Insbesondere hinter den Leistungen die Menschen mit Behinderungen in den Städten und Kreisen in Westfalen Lippe bekommen, steht der LWL .

2 Milliarden Euro ist der Haushalt unseres Sozialdezernates schwer. 99 % dieser Mittel kommen direkt bei den Menschen an. Wer hier sparen will, der muss bei den Leistungen für Menschen mit Behinderungen kürzen. An dieser Tatsache kommt niemand vorbei. Aber auf der anderen Seite stehen die Leistungen der kommunalen Familie, die durch die Mitgliedskörperschaften erbracht werden. Und auch hier lassen sich Kürzungen nur schwer vertreten.

Dies wird deutlich, wenn durch die Inklusion die Anforderungen an den LWL noch steigen wird.

Das fachliche Ziel aller Fraktionen und der Verwaltung im LWL ist es seit Anbeginn, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Menschen mit Behinderungen und Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen in Westfalen Lippe zu verbessern.

Heute wird das gesellschaftspolitische Ziel mit dem Begriff Inklusion bezeichnet. Da es sich um einen neuen Begriff handelt entsteht der Eindruck, dieses Ziel werde vom LWL nicht im genügenden Maße verfolgt. Vielmehr entsteht durch den Aktionismus mancher anderer Träger das Bild, der LWL nehme das Thema nicht wahr oder wäre zumindest deutlich hinter der Spitze zurück.

Hier kann ich nur deutlich machen, das der LWL sich an der Spitze der Bewegung befindet, nicht durch Aktionismus auf sich aufmerksam macht, sonder fachlich fundiert die Verbesserung für die Menschen im Blick hat.

Der LWL hat erkannt , dass

Die Weiterentwicklung der Integration zur Inklusion ist eine zentrale Aufgabe, die sich auf den gesamten LWL bezieht.

Wir werden diesen Weg nicht nur unterstützen sondern auch mit der Verwaltung gemeinsam gestalten.

Das Dilemma - Behindertenhilfe einerseits und Finanzierung der kommunalen Leistungen andererseits - müssen wir, die Mitglieder der Landschaftsversammlung lösen. Und es ist so wie immer, wenn man zwei Ziele verfolgt, die nicht miteinander harmonisieren: man kann es nicht allen Seiten recht machen. Und gerade deshalb glaube ich, dass wir einen guten Mittelweg für den Haushalt gefunden haben.

Einen Mittelweg, der die Finanzsituation unser Mitgliedskörperschaften, die Ansprüche der uns anvertrauten Menschen und die kulturelle Vielfalt beachtet.

Die Gestaltungsmehrheit von SPD- Grüne- FDP , hat sich früh entschieden einen sozialen und kulturellen Kahlschlag zu verhindern.

Durch die Definierung von Grundsätzen gelingt es häufig, eine für alle tragbare Lösung zu finden.

Das Ziel der Gestaltungsmehrheit war die Gesamtzahllast der LWL- Umlage gleich bleiben zu lassen und alle Mitnahmeeffekte (GFG) an die Mitgliedskörperschaften weiterzugeben.

Dies haben wir im Sinne unserer Mitgliedskörperschaften auch verwirklicht.

Dass es hier nicht um die Zahllast der einzelnen Kommunen handeln kann, ist bei der Ungleichheit der Umlagegrundlagen sicherlich jedem klar.

Für den Ausgleich der unterschiedlichen Belastungen der Städte und Kreise, die es unbestritten gibt, sind andere Mechanismen, wie das GFG, vorgesehen.

Natürlich hat uns das GFG zur Umsetzung dieser Ziele geholfen.

Aus der 1. Modellrechnung plus des GFG Entwurfes 2011 traten Verbesserungen der Umlagegrundlagen ein, die zu erheblichen Verbesserungen führten. Die Weitergabe der direkten GFG Zuweisungen für den LWL machten es möglich, die Umlage auf 15,7 % zu senken.

Konsequenter Weise war es nötig, durch die Sparbeschlüsse den Sparbeitrag im vollen Umfang zu realisieren.

Die Verwaltung hat Sparmaßnahmen in Höhe von 37,8 Mio € in den Haushalt eingeplant.

Die Politik hat nach intensiven Beratungen mit ihren Beschlüssen 37,3 Mio € realisieren können. Nur 0,54 Mio € wurden von der Politik nicht mitgetragen.

Aus den von der Verwaltung im Teil B als Einsparungsmöglichkeiten identifizierten aber aus grundsätzlichen Erwägungen nicht umgesetzte Einsparungen, hat die Gestaltungsmehrheit weitere rd. 2,2 Mio € realisiert

Das heißt: Es wurde durch die Beratung in den Ausschüssen ein um rd. 1,7 Mio höherer Sparbeitrag umgesetzt.

Umgesetzt wird dieses mit der Änderungsliste, die einen Gesamtsparsbeitrag von rd. 39,6 Mio € beinhaltet.

Der Weg der Einsparungen ist allerdings nicht ohne Risiko.

Mittelfristig steht er vor dem Problem, dass mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege neue Verträge abzuschließen sind, die den Aufwand um zwei Prozentpunkte senken sollen.

Für diese Verhandlungen geben wir - und zwar alle Fraktionen dieses Hauses - dem Landesrat Münning nur ein knappes Jahr Zeit.

Wir werden ihn bei diesem Ziel unterstützen. Und ich sage es mit aller Deutlichkeit. Es muss eine Lösung gefunden werden, die die Qualität der Leistungen für Menschen mit Behinderungen nicht mindert und dennoch für einen erheblichen Entlastungseffekt im LWL Haushalt sorgt.

Hier sind längst noch nicht alle Potenziale ausgeschöpft. Die Verhandlungspartner des LWL müssen sich bewegen. Sonst werden wir die Enden in 2-3 Jahren nicht mehr zusammen bekommen können. Ich sage es noch einmal mit aller Deutlichkeit. Ich stehe hinter dieser Forderung. Und werde das persönlich auch den Vertretern der freien Wohlfahrtspflege in Gesprächen sagen.

Wir wissen: der LWL unternimmt Gutes für die Menschen in Westfalen Lippe. Wir können stolz sein auf unsere guten Leistungen für Menschen mit Behinderungen. Aber sie müssen auf Dauer, also auch noch für zukünftige Generationen, finanzierbar bleiben.

Und ich weiß sehr wohl, dass andere, die sich beteiligen sollen, auch "kein Geld haben". Aber glaubt man denn wirklich, die kommunale Familie alleine könnte ein Problem lösen, dass sich aus der demographischen Entwicklung bei den Menschen mit Behinderungen zwangsweise ergeben wird?

Die Zahl der Menschen mit geistigen Behinderungen in Westfalen Lippe wird in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Die Gesamtzahl steigt von rund 27000 auf 33700 Personen also um knapp 20 %. Im gleichen Zeitraum geht die Bevölkerungszahl um knapp 4 % zurück.

Noch wesentlich deutlicher ist diese Entwicklung bei den Menschen über 60 Jahren. Die Gesamtbevölkerung nimmt in diesem Alterssegment in den nächsten 10 Jahren um knapp 15% zu. Der prognostizierte Zuwachs bei den geistig behinderten Menschen wird in den nächsten 10 Jahren aber über 60% liegen.

Es ist nur eine Normalisierung. Behinderte Menschen werden heute genauso alt wie nichtbehinderte Menschen auch.

Im Ernst: glaubt jemand, dass diese Menschen im Alter weniger Hilfebedarf haben. Natürlich ist das nicht so. Der Hilfebedarf wird steigen.

Und damit bin ich wieder bei dem Thema, das mich wirklich umtreibt:

Wie werden wir die Enden des Haushaltes in den nächsten Jahren zusammenbekommen?

Und auch wenn der LWL noch so erfolgreich ist, allein wird er dieses Problem nicht lösen. Der Bundesgesetzgeber muss auf diese Situation reagieren. Auch wenn er das bislang nicht will.

Und daher war es richtig, dass wir gemeinsam beschlossen haben, sich erneut an die politisch Verantwortlichen im Bund zu wenden. Wir haben nunmehr die Verwaltung beauftragt, hierfür ein Konzept zu entwickeln. Übrigens gemeinsam mit dem Landschaftsverband Rheinland.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

eine Veränderung wird aber auch hier die Verwaltung alleine nicht schaffen. Es ist ein politisches Thema. Es ist unsere Aufgabe. Wir müssen es heraustragen aus diesem Haus und hineinragen in unsere Parteien, in die Medien zu den Bürgern. Nur dann haben wir auf Dauer die Chance, die wir schon einmal genutzt haben.

Ich darf an die Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1996 erinnern.

Eine ähnliche Lösung heute zu erreichen, die historische Leistung also zu wiederholen, das ist die Aufgabe, hinter der wir uns alle zusammenschließen können und müssen.

Neben den Vorschlägen zur Kürzungen im Sozialbereich haben die Vorschläge der Kostenreduzierung im Kulturbereich für große Aufregung gesorgt.

Als Stichpunkte seien nur die Kaiserpfalz, Schloß Cappenberg oder die Philharmonische Orchester genannt.

Ich bin davon überzeugt, dass wir tragfähige Kompromisse gefunden haben. Unter dem Druck der finanziellen Situation muss es erlaubt sein, Verträge zu überprüfen und zwar mit aller Ernsthaftigkeit.

Einrichtungen und Beteiligungen des LWL, müssen von der Landschaftsversammlung getragen werden. Dass die betroffene Mitgliedskörperschaft die in ihrem Gebiet liegende Einrichtung als unverzichtbar betrachtet und sie sich dafür auch engagiert, setze ich voraus.

Aber ich muss auch erwarten, dass Einrichtungen, die in anderen Gebietskörperschaften liegen, im Sinne der Allgemeinheit betrachtet und ebenfalls unterstützt werden.

Ein gutes Beispiel ist hier der Maßregelvollzug, eine Aufgabe, die der LWL für das Land durchführt und die nicht umlagererelevant ist, um deren Standorte sich aber keine Mitgliedskörperschaft reißt.

Der LWL muss aber dafür sorgen, dass hier eine qualitativ hochwertige Arbeit geleistet wird, damit unsere Standortgemeinden keine Akzeptanzprobleme bekommen.

Wer hat schon in der Öffentlichkeit wahrgenommen, dass es eine 10 % Kürzung des Landes in diesem Bereich gab.

Durch viele strukturellen Maßnahmen, wie die Schaffung von Nachteilschlussmöglichkeiten, durch Vergrößerung von Stationen, durch Streichungen von therapeutischen Angeboten, aber vor allem durch eine deutliche Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten, ist dies letztlich gelungen.

Trotz dieser erschwerten Rahmenbedingungen kam es im Gegensatz zu früheren Zeiten kaum noch zu gravierenden Zwischenfällen. Die Entweichungen und Lockerungsmisbräuche durch Maßregelvollzugspatienten sind im Jahre 2010 auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren gefallen.

Im letzten Monat wurde eine neue LWL-Maßregelvollzugsklinik in Betrieb genommen. Für immerhin 150 LWL-Beschäftigte hatten und haben die Klinikeröffnungen gravierende Auswirkungen. Befristete Verträge konnten z.T. nicht verlängert werden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden versetzt. Auch dieses wurde seitens des LWL-und der beteiligten LWL-Maßregelvollzugskliniken in enger Abstimmung mit dem Gesamtpersonalrat sehr einvernehmlich und ruhig geregelt. Dies ist keineswegs selbstverständlich und ich möchte dies an dieser Stelle auch einmal dankend hervorheben.

Mein Dank geht natürlich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LWL, die auch ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung beigetragen haben.

Der Kämmerei , die in dem Beratungsverfahren jederzeit die Übersicht behalten hat.

Dies gilt aber auch für die Geschäftsstellen der Fraktionen, die die administrative Abarbeitung für die Arbeitskreise hervorragend bewältigt haben.

Unter allen von mir nur beispielhaft angesprochenen Bedingungen ist eine Umlage von 15,7 % und der Haushalt 2011 verantwortbar.

Unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat bei der Amtseinführung von Ulrike Lubek - der ich von dieser Stelle meinen Glückwunsch zur Wahl der Landesdirektorin übermitteln möchte - den Satz von Johannes Rau zitiert :

Wenn es die Landschaftsverbände nicht gäbe, müsste man sie erfinden.

Die Ministerpräsidenten hat **eine** in dieser Art außergewöhnliche Bestandsgarantie für die Landschaftsverbände abgegeben. Dies macht mich zuversichtlich, dass wir die anstehenden Probleme für die Menschen in Westfalen Lippe lösen.

Wir haben mit diesem Haushalt das Schiff LWL in kribbeliger, vielleicht auch in stürmischer See, auf Kurs gehalten.

Herzlichen Dank